



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN
ROBERT GRAF

Zl. 10.101/502-XI/A/1a/88

II-6371 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Wien, am

13.1.1989

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

2956/AB

1989 -01- 13

zu 2978/J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2978/J betreffend umweltgerechtes öffentliches Beschaffungswesen, welche die Abgeordneten Meissner-Blau, Geyer und Freunde am 14. November 1988 an mich richteten, beehre ich mich einleitend auf die Beantwortung der gleichlautenden Anfrage Nr. 2985/J durch die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie zu verweisen. Dies gilt im besonderen für die Punkte 1, 2, 5, 10, 15, 16 und 17 der Anfrage.

Darüber hinaus nehme ich zu den einzelnen Punkten der an mich gerichteten Anfrage wie folgt Stellung:

Zu den Punkten 1, 2 und 10 der Anfrage:

Eine verstärkte Beschaffung umweltfreundlicher Güter, Produkte, Verfahren und Dienstleistungen wird in meinem Ressort in vielen Bereichen dort, wo es mit den bestehenden Kriterien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit vereinbar ist, entsprechend berücksichtigt.

Zu den Punkten 3, 4 und 6 der Anfrage:

1. In der, von meinem Ressort in Auftrag gegebenen Grundlagenstudie "INNOVATION - WIRTSCHAFT - UMWELT" wurde die Nachfragesituation der öffentlichen Hand nach Umwelttechnologie-Feldern untersucht. Diese Untersuchung setzt sich aus

- 2 -

- den Faktoren des Nachfrageverhaltens der öffentlichen Hand
- einer empirischen Erhebung bei den wichtigsten Städten und Gemeinden
- einer Analyse der Rechtslage
- und einer volkswirtschaftlichen Bewertung des Nachfragepotentials der öffentlichen Stellen im Sinne einer "procurement policy" zusammen.

2. Nach Vorgesprächen mit Vertretern des Rechnungshofes und des Bundesministeriums für Finanzen wurde von meinem Ressort die Enquete "BESCHAFFUNG DER ÖFFENTLICHEN HAND UND UMWELTSCHUTZ" durchgeführt. An dieser Veranstaltung nahmen fast hundert Persönlichkeiten aus den Beschaffungsstellen des Bundes, der Länder und der Gemeindeverbände teil.
3. Im Bereich des Hochbaues wurde verstärkt der Anschluß an Fernwärme forciert, beziehungsweise bei jenen Projekten, bei denen ein Fernwärmeanschluß auf absehbare Zeit nicht möglich ist, der Umstieg auf eine möglichst umweltfreundliche Art der Energieversorgung vorangetrieben.
4. Im Bereich des Straßenbaues wurden Lärmschutzmaßnahmen, einerseits in Form von Aufstellung von Lärmschutzwänden, andererseits in Form von Aufbringung von "Flüsterasphalt" und schließlich durch Förderung von Lärmschutzfenstern durchgeführt.
5. Im Bereich der Verwaltung wird Umweltpapier (in Form von Schreibpapier sowie von Hygienekrepp) in vielen Teilen meines Ressorts (Zentralleitung und nachgeordneten Dienststellen) verwendet.

Zu Punkt 5 der Anfrage:

In der zur probeweisen Anwendung im Bereich der Bundesstraßenverwaltung vorgesehenen "Vergabeordnung für öffentliche Bauaufträge"

./3

- 3 -

ist unter Punkt 4,62 geregelt, daß bei der Bestbieterermittlung bei Auftragsvergaben auch der Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit der angebotenen Leistungen zu berücksichtigen ist.

Zu Punkt 7a der Anfrage:

1. Im Bereich der Zentralstelle meines Ressorts beläuft sich der durchschnittliche Jahrespapierbedarf auf:

5.900.000 Blatt (DIN A 3 und A 4) Kanzlei- und Schreibpapier
1.000.000 Blatt (DIN A 3 und A 4) Kopierpapier
90.000 Blatt (DIN A 3 und A 4) Durchschlagpapier
240.000 Blatt (DIN A 3) Offsetpapier
160.000 Blatt (DIN A 3 und A 4) Karton
140.000 Blatt (DIN A 4) chemisches Durchschreibpapier

2. Im Bereich des Österreichischen Patentamtes beläuft sich der durchschnittliche Jahrespapierbedarf auf:

1.000.000 Blatt (DIN A 3 und A 4) Kopierpapier
55.000 Blatt (DIN A 3 und A 4) Kanzlei- und Schreibpapier
260.000 Blatt EDV-Endlospapier

3. Im Bereich des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesens beläuft sich der durchschnittliche Jahrespapierbedarf auf:

1.000.000 Blatt (DIN A 3 und A 4) Kopierpapier
250.000 Blatt (DIN A 3 und A 4) Kanzlei- und Schreibpapier
270.000 Bogen (50 x 70 cm bis 95 x 126 cm) Landkartenpapier
150.000 Bogen (50 x 70 cm bis 95 x 126 cm) sonst. Druckpapiere
12.000 Bogen (70 x 100 cm) Recyclingpapier

Die Erfassung weiterer Bereiche meines Ressorts war in der zur Verfügung stehenden Zeit leider nicht möglich und hätte auch einen erheblichen Verwaltungsaufwand nach sich gezogen.

./4

- 4 -

Zu den Punkten 7b und 7d der Anfrage:

Mit Dienstanweisung vom 1. April 1987 habe ich in der Zentralstelle meines Ministeriums angeordnet, daß nur mehr Briefkuvert aller Formate aus Recyclingpapier Verwendung finden dürfen. Bei den nachgeordneten Dienststellen wird Recyclingpapier in immer größerem Umfang verwendet.

Zu Punkt 7c der Anfrage:

Das Drucken von Broschüren, Tätigkeitsberichten, etc. auf Recyclingpapier ist derzeit aus technischen Gründen bei den Druckmaschinen nicht möglich.

Zu Punkt 8 der Anfrage:

Im Bereich meines Ressorts werden Hygienekrepp oder ähnliche Produkte dort, wo auch den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprochen werden kann, allgemein beschafft.

Zu Punkt 9 der Anfrage:

Grundsätzlich werden die Reinigungsarbeiten in der Zentralstelle meines Ressorts und in den nachgeordneten Dienststellen durch Reinigungsfirmen, welche auch für die Beschaffung der verwendeten Reinigungsmitteln verantwortlich sind, durchgeführt.

Daneben kommen noch folgende Reinigungsmittel zum Einsatz:

1. Im Bereich der Zentralstelle meines Ressorts beläuft sich der durchschnittliche Jahresbedarf auf:

./5

- 5 -

650 Liter Flüssigseife
70 kg Geschirrspülmittel
20 Liter Glanzreiniger
30 Stück Holländerseife
20 Liter Fensterputzmittel
21 kg Allzweckreiniger
20 Liter Kraftreiniger

2. Im Bereich des Österreichischen Patentamtes beläuft sich der durchschnittliche Jahresbedarf auf:

300 Stück Handseife
30 Liter Flüssigseife
15 Liter Waschmittel flüssig (biologisch abbaubar)
200 Liter Neutralreiniger - Konzentrat (biologisch abbaubar)
250 Liter Grundreiniger
20 Liter Möbelpflege (auf Pinienölbasis)
20 Liter Fensterputzmittel (auf Alkoholbasis)
130 Liter Sanitärreiniger (teilweise biologisch abbaubar)
10 kg Handwaschmittel (Reibsandbasis)
300 kg Bodenwachs (Hartwachs)
25 Liter Teppichreiniger

3. Im Bereich des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesens beläuft sich der durchschnittliche Jahresbedarf auf:

3.500 Liter Amoniak
1.500 Liter Amoniak-Restwasser, die im Zweiwegverfahren an die Lieferfirma zur Entsorgung zurückgehen.

Zu Punkt 11 der Anfrage:

Im Bereich meines Ressorts beziehungsweise in den nachgeordneten Dienststellen kommen keine Pestizide zum Einsatz.

./6

Zu Punkt 12 der Anfrage:

Die Beantwortung dieser Frage, welche einen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit widersprechenden überdimensional hohen Verwaltungsaufwand bedingen würde, ist in der zur Verfügung stehenden Zeit von zwei Monaten leider nicht möglich. Ich darf jedoch darauf verweisen, daß die Dienstorte der nachgeordneten Dienststellen meines Ressorts sich über das gesamte Bundesgebiet erstrecken und aufgrund der Gesetzeslage die Müllbeseitigung in den Aufgabenbereich der Gemeinden fällt und somit eine Erfassung nicht möglich ist.

Im Bereich der Zentralstelle meines Ressorts wird jedoch eine klare Trennung zwischen wiederverwertbarem Altpapier und sonstigen Abfall durchgeführt.

Zu Punkt 13 der Anfrage:

Im Bereich meines Ressorts wurden im Jahre 1987 folgende Fahrzeuge angeschafft:

1. Im Bereich der Zentralleitung meines Ressorts:

- 1 Mercedes 260 E-4 Matic mit 3-Weg-Katalysator

1.1. Im Bereich der Bergbehörden:

- 1 VW Jetta Diesel 37 kW

2. Im Bereich der Bundesstraßenverwaltung:

- 17 VW 253 37 kW
- 37 VW 247 37 kW
- 1 VW 245 37 kW
- 5 VW 191 37 kW
- 1 VW 285/LT 31
- 1 VW 293/LT 35

3. Im Bereich der Wasserstraßendirektion:

- 2 VW Passat Variante C
- 1 Ford Transit Kombi TSD 100

4. Im Bereich der Bundesgebäudeverwaltung:

- 1 Audi 80 Diesel 51 kW
- 3 VW 247 Diesel 51 kW

5. Im Bereich des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen:

- 1 VW 247 Diesel 51 kW
- 2 VW 253 mit Katalysator 70 kW
- 2 VW 253 Diesel 51 kW

Im Bereich meines Ressorts wurden im Jahre 1988 folgende Fahrzeuge angeschafft:

1. Im Bereich der Zentralleitung meines Ressorts:

- 1 Mercedes 200 mit 3-Weg-Katalysator

1.1. Im Bereich der Bergbehörden:

- 1 VW Jetta Diesel 37 kW

2. Im Bereich der Bundesstraßenverwaltung:

- 8 VW 253 Diesel 42 kW
- 3 VW 245 Diesel 42 kW
- 33 VW 247 Diesel 42 kW
- 8 VW Golf 37 kW
- 6 VW 295/LT 35 55 kW

3. Im Bereich der Wasserstraßendirektion:

- 2 VW Passat Variant C Diesel 51 kW
- 1 VW Kombi 253 51 Diesel 51 kW
- 2 VW Doppelkabine 247 Diesel 51 kW

./8

- 8 -

4. Im Bereich der Bundesgebäudeverwaltung:

- 1 Audi 80 Diesel 59 kW
- 1 VW Passat Variant Katalysator 66 kW
- 1 VW Doppelkabine 247 Diesel 51 kW

5. Im Bereich des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen:

- 1 VW 253 51 kW
- 6 VW Kombi 253 Diesel 51 kW

Zu Punkt 14 der Anfrage:

Im Bereich des Hochbaues werden von den Baudienststellen meines Ressorts keine Statistiken über den Materialverbrauch von Baufirmen geführt. Eine rückwirkende Erfassung ist aus der Sicht der Verwaltungsökonomie leider nicht möglich. Gemäß den Vergaberichtlinien der Ministerratsbeschlüsse werden alle Bauleistungen, also auch Beschichtungen (Farbe, Lacke und Holzschutzmittel) möglichst firmenneutral ausgeschrieben. Standardisierte Leistungsbeschreibungen für Anstriche auf Mauerwerk, Putz und Beton sind seit 17. Jänner 1984 produktneutral konsensualisiert. Eine Spezifikation ermöglicht daher auch keine Rückschlüsse auf die genaue chemische Zusammensetzung. Der Einsatz von wasserlöslichen Beschichtungen ist im Bereich der Fassaden aufgrund der Witterungsbelastung praktisch unmöglich.

Im Bereich der Bodenmarkierungen wird der Einsatz von Materialien, deren Umweltverträglichkeit problematisch erscheint, laufend reduziert; an deren Ersatz wird ständig gearbeitet.

Zu Punkt 16 der Anfrage:

Im Bereich der Bundesstraßenverwaltung habe ich generelle Weisungen betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung im Straßenbau und betreffend Lärmschutz an Bundesstraßen erlassen.

./9

- 9 -

Zu Punkt 17 der Anfrage:

Der Erlassung von klaren Richtlinien für ein umweltgerechtes Beschaffungswesen stehe ich grundsätzlich positiv gegenüber.

Zu Punkt 18 der Anfrage:

Im seinerzeitigen Bundesministerium für Bauten und Technik war die Funktion eines Umweltschutzbeauftragten eingerichtet.

Im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten besteht nunmehr in der Gruppe XI/A (wirtschaftliche Koordination) das Referat XI/A/2a (Koordination und zusammenfassende Behandlung der Angelegenheiten des Umweltschutzes).

Zu Punkt 19 der Anfrage:

Im Bereich der baulichen Maßnahmen durch mein Ressort finden sich folgende Beispiele einer Berücksichtigung umweltfreundlicher Beschaffungskriterien:

A) HochbauFaserzement:

Seit Jahren zieht sich die Produktion von Asbest kontinuierlich zurück und verwendet zunehmend andere, umweltschonendere Fasern. Produktionsbereiche selbst, wo Gefahren auftreten können, unterliegen strengsten gewerberechtlichen Kontrollen.

PVC:

Bei PVC handelt es sich um einen von einer Vielzahl von Kunststoffen. Kunststoffe stellen jedoch nur wenige von einer Vielzahl von Baustoffen dar. Dem PVC stehen im Bereich der Bauwirtschaft nur ein sehr eingeschränkter Marktanteil offen. Dieser Marktanteil wird durch laufende praktische Erfahrungen weiter umfangmäßig modifiziert.

./10

Durch technologische Entwicklungen von Konkurrenzprodukten werden die derzeit noch bestehenden technischen Anwendungsvorteile von PVC immer weiter neutralisiert.

Baubiologische Kriterien:

Eine baubiologische Beratung wurde bei einem Großbauvorhaben in Vorarlberg beim Institut für Baubiologie in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Beratung waren jedoch nur sehr eingeschränkt verwendbar.

Fernwärme:

Im Laufe der letzten zehn Jahre wurde der Anschluß von Objekten, die im Eigentum des Bundes stehen, an die Fernwärme stark forciert. Im gesamten Bundesgebiet werden derzeit 429 Bundesobjekte mit einer Anschlußleistung von 573.115 kW mit Fernwärme versorgt. Das sind bezogen auf den umbauten Raum ca. 42 % der Gesamtkubatur aller Bundesgebäude. In den nächsten Jahren werden die Arbeiten zur Erhöhung des Fernwärmeanteiles weiter fortgesetzt. Zum Vergleich wird noch angeführt, daß der Fernwärmeanteil im Jahr 1980 noch bei nur 19 % lag.

B) Straßenbau

Die Ausgaben für Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände, Lärmschutzdämme, Lärmschutzfenster und lärmindernde Straßenbeläge (sogenannter "Flüsterasphalt")) stiegen in den letzten Jahren gegenüber den Jahren bis 1983 auf den rund 3-fachen Wert.

1987: für straßenseitige Lärmschutzmaßnahmen	rd. 280 Mio. S
für lärm-dämmende Fahrbahnbeläge	rd. 100 Mio. S
für Beihilfen zum Einbau von Lärmschutzfenstern	rd. 130 Mio. S
1988: für straßenseitige Lärmschutzmaßnahmen	rd. 160 Mio. S
für lärm-dämmende Fahrbahnbeläge	rd. 150 Mio. S
für Beihilfen zum Einbau von Lärmschutzfenstern	rd. 130 Mio. S

